





# Staat ohne letzte Verantwortung

## Der Stellenwert der Sicherheitspolitik in der Bundesrepublik Deutschland

VON PROF. Dr. KLAUS HORNING

Niemand sollte länger daran vorbeigehen, daß die Bundesrepublik vor einem Menschenalter als Staat ohne letzte Verantwortung, gerade auch für seine äußere Sicherheit, ins Leben getreten ist, mit einer von der „Freiheit vom Ernstfall“ tief imprägnierten Bewußtseinslage und Verfassung, als eine originär zivile Nachkriegsgesellschaft mit ihren neuen Normen privater Glückssuche, persönlichen Erfolgsstrebens, der Konsum- und Freizeitorientierung, des betonten Individualismus, zu deren Repräsentanten dann auch eine neue „mittelständisch-zivile Bürgerelite“ wurde.

Schon der Parlamentarische Rat — und er entsprach damit dieser neuen Bewußtseinslage — versuchte, aus dem Dasein der Deutschen künftig alles Regelwidrige zu verbannen, ungeachtet der Tatsache, daß diese Deutschen doch „den verkörperten Ausnahmezustand“ darstellen, „gespalten und auf zwei Hemisphären verteilt, nahe daran, als zweistaatliches Monstrum zu existieren, in seinem Dasein als Nation gefährdet wie kein anderes“ (wie Michael Freund, einer der Liberalen, die

bar in die Bereitschaft einmündet, diese Freiheit gegen Angriffe von außen auch zu verteidigen.“ Politische Folgerungen wurden aus solchen, freilich seltenen Einsichten bis heute jedoch nicht gezogen.

Grundlegend wäre freilich, zu erkennen, daß die Bundesrepublik und ihre Bürger von einem reduzierten Politik-Verständnis geprägt werden. In den Politik- und Sozialwissenschaften sowie in der Theorie und Didaktik unseres Politikunterrichts möchte man die grundlegenden Kategorien des „Interesses“ und des „Konflikts“ nur noch für den Binnenbereich des Gemeinwesens, für die Umverteilungskämpfe der Wirtschafts- und Sozialpolitik gelten lassen, während man im Bereich der Internationalen Politik und gar der Sicherheitspolitik einem „Harmonie-Modell“ von oft geradezu eschatologischer Qualität anhängt. In unserer politischen Erziehung, die gerade hier einen gesamtgesellschaftlichen Bewußtseinszustand widerspiegelt, herrscht das Modell des autonomen, „emanzipierten“, verpflichtungslosen Individuums vor, das seine Interessen zu

gungsminister in seiner Freiburger Ansprache vor den Kultusministern die Formel wiederholt, unsere Friedenspolitik diene dazu, zu verhindern, „daß von deutschem Boden je wieder Krieg ausgehen kann“. Diese Formel scheint einen breiten Konsens bei der Rechtfertigung unserer Verteidigungspolitik auszudrücken, obwohl sie nicht unerhebliche Verzerrungen der geschichtlichen Wahrheit einschließt. Sie trifft zu im Blick auf die Auslösung des Zweiten Weltkriegs durch Hitler, an welcher die Deutschen durch ihre Entscheidung von 1933 Mitverantwortung tragen. Sie wird jedoch bereits dann schiefe, wenn sie die Verantwortung Stalins an der Kriegsauslösung vom September 1939 vergessen machen soll. Die bei uns unkritisch verbreitete und von verantwortlichen Politikern gedankenlos benutzte Formel meint über den Zweiten Weltkrieg hinaus aber offensichtlich auch nach wie vor eine deutsche Alleinschuld im Jahr 1914, ja wohl auch für 1870/71 und so fort. Damit wird sie zu einer wahrheitswidrigen Geschichts-Legende. Als solche ist sie bis heute (nach anfänglicher Verwendung auch in der westlichen Umerziehung) eines der wichtigsten Instrumente des Marxismus-Leninismus und der Sowjetunion und ihres nicht zuletzt gegen die Bundesrepublik vorgetragenen Politisch-Revolutionären Krieges geblieben. Von ihren Kolporturen bei uns möchte sich offensichtlich niemand daran erinnern, daß eben dieser Politisch-Revolutionäre Krieg auf deutschem Boden, d. h. zwischen den „beiden deutschen Staaten“ seit 1949 nie aufgehört hat, auch wenn wir ihn in den Jahren der Entspannungs-Euphorie mit Palmström-Logik — „weil nicht sein kann, was nicht sein darf“ — einseitig für beendet erklären wollten. Und noch weniger scheint sich jemand daran zu erinnern, daß auch heute im Namen der „DDR“ Krieg „von deutschem Boden ausgeht“, sei es durch Zehntausende von Soldaten dieser angeblich nationalen Armee in Afrika, sei es bei ihrer Mitwirkung am Einmarsch in der Tschechoslowakei im August 1968.

Wie hilflos sich bundesrepublikanische Politiker angesichts der gar nicht wegzudiskutierenden Realität des in stetem Gang befindlichen Politisch-Revolutionären Weltbürgerkriegs, des „Klassenkampfes im Weltmaßstab“ darstellen, wie naiv sie Formeln aus dem Arsenal dieses psychologischen Kampfes ver-



Nationale Volksarmee: Mit klarem Feindbild gegen die Gegner des Sozialismus  
Fotos Archiv

### Die „Welterschaffungsmentalität“ der Väter des Grundgesetzes

noch ohne Scheuklappen um das Wesen des Politischen wußten, aus Anlaß der Notstandsdiskussion formulierte). Damals begannen die Deutschen, sich zu den auserwählten Völkern zu rechnen, denen ein höheres, macht- und gewaltloses Dasein vergönnt sei. Und die Väter des Grundgesetzes neigten in ihrer Welterschaffungsmentalität zu der verfassungsrechtlichen Feststellung „Katastrophen sind künftig verboten!“

In dem nun runde dreißig Jahre währenden Malaise der Diskussion um Verteidigungsbeitrag und Bundeswehr kommt daher zum Ausdruck, daß im „freiheitlichsten Staat der deutschen Geschichte“, wie wir so gern unkritisch-naiv deklarieren, von Anfang an Ambivalenzen angelegt waren mit allen Folgen eines „inneren Separatismus der Partikularinteressen“, der bis zu „völliger politischer Teilnahmslosigkeit“ führen kann, wie Ralf Dahrendorf schon vor Jahren gewarnt hat. Die Auswirkungen dieser Gesamtsituation auf die Verteidigungsbereitschaft hat der damalige Wehrbeauftragte des Bundestages, Fritz Rudolf Schultz, in seinem Jahresbericht 1970 in seltener Klarheit zusammengefaßt, wenn er feststellte, daß das Verständnis des Staates in der jungen Generation vor allem von seiner Funktion als Verteilerapparat für soziale und finanzielle Leistungen bestimmt werde: „Sie (die Wehrpflichtigen, K. H.) vermögen häufig nicht einzusehen, warum sie in dem verwirrend anmutenden und für sie häufig unüberschaubaren pluralistischen System die Wehrpflicht als eine allgemeine staatsbürgerliche Pflicht gegenüber der Gemeinschaft abzuleisten haben, in der doch der ökonomische Individualismus augenscheinlich dominiert.“ Schultz zog damals schon auch eine der grundlegenden Prämissen des „Staatsbürgers in Uniform“ in Zweifel, wenn er feststellte, daß „die Erfahrung der Freiheit keineswegs unmittel-

er kennen und durchzusetzen versteht, eine wahre Kümmerform politischer Existenz. So hat sich auch eine zu modischem innerweltlichem Heilsglaubensimplifizierten Friedenspädagogik entwickeln können, die die vitalen Konflikte und Probleme der Internationalen Politik moralisierend entschärfen möchte, den „Ernstfall“ leugnet — es sei denn, es handle sich um den „Klassenkampf im Weltmaßstab“, für den man allerdings größtes Verständnis hegt.

Zu Recht hat auf diesem Hintergrund Günter Maschke kürzlich darauf hingewiesen, daß die Stagnation der sozialen Sicherheiten des Massenwohlstandes, der ja zum nahezu einzigen Legitimations- und Bindemittel unseres Gemeinwesens geworden zu sein scheint, das schon immer vorhandene Defizit an Staatlichkeit steigere und dieses Defizit, wiederum die Orientierungslosigkeit und Angst vermehre, ein sich ausbreitendes Gefühl der Ohnmacht, der Konzessionsbereitschaft auf unserer und wachsender Aggressivität auf der Gegenseite. Damit hat Maschke aber das Dilemma des westlichen Wohlfahrts- und Sozialstaates an-

### „Die Unfähigkeit, einen Feind zu haben“ — Kennzeichen einer entpolitisierten Gesellschaft

gesichts der Herausforderungen des Politisch-Revolutionären Krieges beschrieben, inmitten dessen wir uns — ungeachtet unseres Leugnens — befinden, eines Krieges, dessen sich unserer orthodox- und neomarxistischen Bürgerkriegsparteien natürlich voll bewußt sind, nicht jedoch, wie es scheint, viele Politiker unseres Juste-Milieu-Establishments.

Diese These läßt sich belegen anhand der zentralen Formeln, die von Politikern bei uns verwendet werden, um Maßnahmen zur Verbesserung der Verteidigungsbereitschaft zu rechtfertigen. So hat z. B. der Bundesverteidi-

wenden, wie krampfhaft sie als Repräsentanten unseres „politischen“ Bewußtseins in der Bundesrepublik den Ernstfall leugnen, kommt auch an der zweiten Formel zum Ausdruck, die der Verteidigungsminister in Freiburg wiederholte: „Wir debattieren ohne Feindbild.“ Über diese „Unfähigkeit, einen Feind zu haben“ als Kennzeichen einer weitgehend entpolitisierten Gesellschaft ist in der letzten Zeit das Nötige gesagt worden. Sie wähnt sich auf der Höhe der moralischen und intellektuellen Situation, ohne zu ahnen, wie sie sich dadurch international lächerlich und verächtlich macht. Auch sie spielt der Strategie des Marxismus-Leninismus in die Hände, der bekanntlich auch die bescheidendsten Verteidigungsanstrengungen des bürgerlichen Gegners als aggressiv versteht und seine eigene Hochrüstung, weil „sozialistisch“, als dem Frieden dienend. Getreu dem Satz von Clausewitz: „Der Eroberer liebt stets den Frieden... Er würde gern widerstandslos in unser Gebiet einziehen“, den Lenin zum Eckstein seiner Lehre von der friedlichen Koexistenz gemacht hat. Mögen sich bei uns Politiker so oft sie wollen aus dem erklären und in Gang befindlichen Politisch-Revolutionären Krieg herauswinden wollen, der Gegner entläßt sie nicht aus dem bestehenden Ernstfall, sein „Feindbild stimmt“, wie Honecker vor den Offizieren seiner NVA gesagt hat. Durch die allzu naive und nicht „hinterfragte“ Benützung solcher Formeln machen sich diese Politiker jedoch immer wieder zu Exponenten einer Entpolitisierung, „deren Vorreiter eine Intelligenz ist, die sich als kritisch und politisch einstuft“, jener „aggressiv entpolitisierten Existenz“, die freilich im Revolutionären Krieg der Gegenwart längst eine politische Großmacht geworden sind, indem sie den Krieg, den sie selbst bewußt und entschieden führen, gegenüber einer entpolitisierten bürgerlichen Öffentlichkeit durch immer neue Formen und Formeln von Friedens-Strategie- und Pädago-

das Politische gerade vom Feind, vom Angreifer immer neu gelehnet, verkleidet wird. Wer sich davon täuschen läßt, wer — aus gutem Willen oder Selbsttäuschung, und beides gehört eng zusammen — das ganze Verständnis des Politischen preisgibt, gibt sich in der Tat selbst auf.

Was also korrigiert werden müßte, wäre die „reine Vernunft“ bloßer Friedenswilligkeit und ihre Ergänzung durch die „praktische“, d. h. politische Vernunft rationaler Lageanalyse und Interessenbehauptung im internationalen Kräftefeld. Dabei würde der durchaus fehlgehen, der unter Gleichgewicht und Stärke allein diejenige militärische Rüstung verstünde. Nicht in der — offensichtlich nach wie vor bestehenden — Fähigkeit der Deutschen zu militärischer Organisation und Technologie besteht ja der Kern des Problems, sondern in den fehlenden, zumindest mangelnden moralischen Potenzen, von denen Clausewitz immer wieder so nachdrücklich gesprochen hat, in einem vielfach verlorengegangenen politisch-intellektuell-moralischen Gleichgewicht der Deutschen, was Winston Churchill einst von ihnen zu sagen veranlaßte, man wisse nie, woran man mit ihnen sei: man habe sie entweder an der Gurgel oder auf den Knien. Natürlich unternimmt der totalitäre Feind im Weltbürgerkrieg alle Anstrengungen, uns auf den Knien zu halten. Doch die anderen, die Mehrheit unserer internationalen Umwelt, will uns, ein Menschenalter nach 1945, weder an der Gurgel noch auf den Knien. Ihr eigenes Interesse ist es, uns wieder in der politischen Normalposition, nämlich auf den Beinen zu sehen, bereit und fähig, endlich unsere aus hypermoralischen Schuld komplexen stammende Kollektiv-Neurose der Entpolitisierung zu überwinden. Die Heilung können wir jedoch nur selbst vollziehen, auf die Beine helfen können wir uns nur selbst. Vielleicht schafft es die nächste Generation. Sehen unsere Politiker hier ihre Aufgabe?



Bundeswehr: Zweifel an der Einsatzbereitschaft, da „die Erfahrung der Freiheit keineswegs unmittelbar in die Bereitschaft einmündet, diese Freiheit gegen Angriffe von außen auch zu verteidigen.“

































